

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Vom Krankenlager der Koalition.

Heute oder morgen wird es vielleicht schon ein Sterbelager sein. Das Bulletin, das über das Befinden des Patienten gestern in Form eines Kommuniqués ausgegeben wurde, verriet, was eigentlich schon jeder wusste: der Zustand ist trostlos. Minister Beckyně soll wohl in Stellvertretung des erkrankten Ministerpräsidenten noch einen letzten Versuch zur Rettung unternommen, aber Hoffnung auf Gelingen des Versuches besteht so gut wie keine. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ereignisse folgenden Verlauf nehmen werden: spätestens in den nächsten Tagen wird die Koalition gesprengt werden, worauf es zur Demission der Gesamtregierung kommen wird. In der nächsten Sitzung der Frühjahrssession, die am 24. oder 26. März beginnen soll, wird sich schon die neue Regierung dem Parlamente vorstellen. Diese neue Regierung wird, — soweit hat es das Lotterleben der Koalition gebracht —, keine parlamentarische, sondern eine Weimarerregierung sein. Am Ende des Wirkens der Koalition steht also die Unmündigkeit des Parlaments; die dauernde Niedertrübnis der Demokratie und der parlamentarischen Rechte endet schließlich mit der Bankrotterklärung des Parlaments und mit seiner Unfähigkeit, aus sich heraus für die verfallene Koalition eine Nachfolgerin stellen zu machen. Ein Beamtenkabinett muß gebildet werden, damit der Staat nicht überhaupt ohne Regierung bleibe. Es ist ein trauriges und schmachliches Ende!

Die Koalition stirbt nicht in Schönheit, wahrhaftig nicht. Ihr Leben war schmachlich, ihr Tod ist es nicht minder. Kreischend beschuldigen die Hinterbliebenen einander gegenseitig, ihren hoffnungslosen Zustand herbeigeführt zu haben. Besonders die frühe Auflösung und Übernahme von Neuwahlen für das Parlament muß herhalten, um jenen, die dazu gedrängt haben, bittere Vorwürfe zu machen. Es ist schon richtig, daß die vorzeitigen Neuwahlen vom Standpunkt der Koalition eine Niederbühnenarbeit waren, aber einmal mußten Wahlen kommen, und früher oder später wäre es in jedem Falle zu dem Vernichtungsurteil der Wähler gekommen, das aus dem Wahlergebnis herauswuchs. Die Wahlen für den Schiffbruch der Koalition allein verantwortlich zu machen, das deutet eine allzu primitive Betrachtungsweise an. Die Koalition hatte schon lange vor den Wahlen ihre Kräfte ausgeschöpft, allerdings hat ihr die Antwort der Wähler, die einem Keulenschlage gleich, den letzten Stieb verleiht. Seitdem hat sich die Koalition auch nicht einmal vorübergehend von der Erschöpfung erholen können. Früher steckte sie langsam aber sicher dahin, eben deshalb wurden Neuwahlen, die als Stärkungsmittel gedacht waren, vorgenommen; seither ist erst recht ein rapider Verfall eingetreten. Das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien der Koalition war ein solches, daß Kompromisse immerhin noch leichter geschlossen werden konnten. Keine der Parteien war stark genug, um ihrem Egoismus die Zügel schießen zu lassen, und die bürgerlichen Parteien waren daher gezwungen, wenigstens zeitweilig den sozialistischen Parteien in der Regierung kleine Konzessionen zu machen. Das Wahlergebnis, das den Parteien der kapitalistischen und kulturellen Reaktion zur Erlangung des Übergewichtes über die sozialistischen Parteien innerhalb der Regierungsmehrheit verhalf, räumte der Habgier und dem Heißhunger der bürgerlichen Parteien die letzten Hemmungen hinweg. Das Bürgertum hat über die tschechischen Sozialdemokraten insofern gesiegt, als es diese zum Verbluten gebracht hatte, es wollte und will nun auch etwas davon haben. O, die bürgerlichen Parteien möchten die tschechischen Sozialdemokraten durchaus nicht aus der Koalition herausdrängen. Wenn sie sich mit einer beschämenden Dienerrolle gegenüber den hohen Herrschenden begnügen wollten, so könnten sie in Gottes und des heiligen Mammons Namen

Das Genfer Wert gescheitert.

Deutschlands Ausnahme verjagt. — Brasiliens Hartnäckigkeit als Ursache.

Genf, 16. März. Am 17. Uhr fand eine vertrauliche Beratung des Rates statt, zu der um 19 Uhr der polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski eingeladen wurde. Um 19 Uhr 40 Minuten war die vertrauliche Sitzung beendet. Die Ratmitglieder lehnten es kategorisch ab, den Journalisten irgendwelche Erklärungen zu geben.

Der britische Staatssekretär für Aussenbeziehungen Chamberlain fuhr sofort nach Schluß der Sitzung zum Reichskanzler Dr. Luther.

Kurz vor 20 Uhr jedoch teilte die Schweizerische Depeschagentur mit:

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Reorganisation des Völkerbundes wurden auf die Septembertagung verschoben. Die Signatur des Rheinpaktes werden noch heute abend ein amtliches Kommuniqué über die Angelegenheit ausgeben.

Berlin, 16. März. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet aus Genf um 9 Uhr abends:

In der Unterredung, die zwischen Chamberlain, Briand mit Luther und Stresemann von 8 bis halb 9 Uhr abends stattfand, wurde vereinbart, das am Nachmittag zurückgehaltene Kommuniqué doch noch zu veröffentlichen. Man kam anscheinend zu diesem Entschluß, um durch die Veröffentlichung der Vereinbarungen einen letzten Druck auf Brasilien auszuüben.

Das Kommuniqué.

Genf, 16. März. (Wolff.) Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den ausgetauschten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.

Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolles von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht haben und welches in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Überzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraus-

setzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

schon noch bleiben. Noch im letzten Augenblicke wagt man ihnen zuzureden, den warmen Koalitionsstahl nicht zu verlassen, und man appelliert in den schönsten Tönen an ihr patriotisches Gewissen. Dabei ihrer Begehrlichkeit Schranken zu setzen, das fällt den bürgerlichen Parteien nicht ein. Die Koalition soll leben, wenn sie die Weltküh der bürgerlichen Klassen sein will, es kann sie der Teufel holen, wenn sie diesen nicht restlos zu Willen sein will. Agrarier und Merkantilisten wollen den Lohn für ihren Wahlerfolg einflussieren, und ob das den Regierungssozialisten recht ist oder nicht, ist ihnen gleichgültig. Diese sollen kucken, wenn es den Herren beliebt, die Kosten für die Regulierung der Staatsangestelltenbezüge ausschließlich der arbeitenden Bevölkerung aufzuladen, und sie sollen es mit Demut hinnehmen, wenn die Agrarier in einer Zeit gesteigerter Not der Arbeiterschaft durch Getreide- und sonstige Lebensmittelzölle den Brotkorb noch höher hängen wollen. Sie sollen das Treiben der Merkantilisten ruhig ertragen und nicht ungebärdig werden, wenn die Militärkamarilla eine Verlängerung der militärischen Dienstpflicht fordert. Dafür sollen sie auch nicht murren, wenn von den aus der Bevölkerung herauswappenden neugeplanten Steuern für die unteren Kategorien der Staatsangestellten fast nichts abfällt, als eine Verschärfung ihrer Abhängigkeit von ihren Vorgesetzten. Bei dieser Laune endet sogar die knieschwache Nachgiebigkeit der tschechischen Sozialdemokraten, und so haben die Wahlen und die damit verbundene Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt hierzu: Dieses Kommuniqué schließt die Möglichkeit, daß die Ausnahme Deutschlands am Mittwoch vormittags doch noch erfolgt, nicht ganz aus. Falls Brasilien bis Mittwoch vormittags 10 Uhr auf seinen Einspruch verzichtet, erfolgt die Aufnahme. Diese Wahrscheinlichkeit ist aber sehr gering und die Erklärungen des Reichskanzlers vor der deutschen Presse sprechen mehr für die Vertagung als für die Aufnahme.

Der erste Verhandlungstag in Chiati.

Das offizielle italienische Pressebureau veröffentlicht über den ersten Verhandlungstag folgenden einseitigen Bericht:

Chiati, 16. März. (Stefani.) Vor dem Schwurgerichte begann heute der Prozeß wegen der Ermordung des Abg. Matteotti. Der Hauptangeklagte Dumini erklärte bei seiner Einvernahme, er habe sich auf Grund einer Reise in Frankreich überzeugt, daß zwischen den nach Frankreich ausgewanderten umstürzlerischen italienischen Elementen und der unitarisch-sozialistischen Partei Italiens, deren Hauptfaktor Matteotti war, ein Einvernehmen bestehe. Nach der Ermordung des Ratsmanns Venerjovi in Paris habe Dumini einen Ueberwachungsdiens für Matteotti eingerichtet. Matteotti sei dann in einem Automobil entführt und weit von Rom weggebracht worden, um Informationen über seine Aktion zu erlangen. Während der Autofahrt sei Matteotti infolge heftigen Bluthustens (!) gestorben. Dumini und seine Genossen hätten aus Furcht vor den Folgen die Leiche vergraben und die Kleider Matteottis verbrannt oder verstreut. Dumini nimmt die Verantwortung für die Initiative bezüglich der Entführung auf sich.

Koalition dieser politischen Gemeinschaft den letzten Rest gegeben.

Aber wirklich auch nur den letzten Rest. Es wäre ja möglich, daß die bürgerlichen Regierungsparteien ihre Unerfälllichkeit eindämmen, auf die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen verzichten, und daß daraufhin ein vorläufiger Friede geschlossen wird. Die Lebensfähigkeit der Koalition könnte ein solcher fauler Friede nicht schaffen. Die Koalition ist sterbenskrank, weil das Regierungssystem, das sie zum Inhalte hat, krank und unmöglich ist, denn es leugnet den Charakter des Staates und sucht ihm Lebensbedingungen aufzubügeln, die seiner Zusammensetzung und seinem Wesen wider-natürlich sind. Das Verschleiden der Koalition wird an dem Zustand, der nach einer vollständigen Umkehr und Umkehr von den bisherigen Regierungsmethoden schreit, nichts ändern. Die Beamtenregierung wird, darüber wollen wir uns nicht täuschen, in den Fußstapfen der Koalition gehen, sie wird schließlich ebenso enden, wie ihre Vorgängerin. Auch wenn der Entwicklung tausend Blöcke in den Weg gestellt werden, und wenn noch tausend Veruche unternommen werden, das Erbe der Koalition zu bewahren, es wird vergeudete Mühe und Zeit sein. Endlich wird man doch erkennen müssen, daß der Staat nur bestehen kann, und daß das Parlament nur erfolgreich arbeiten kann, wenn an die Stelle der Gewalt und der nationalen Unterdrückung das nationale Recht aller Staatsbürger gesetzt wird.

Die Komödie des Matteotti-Prozesses.

Witwe und Sohn des Ermordeten treten als „Zivilpartei“ zurück.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Abgeordneten Modigliani, des Vertreters von Matteotti's Sohn, an den Präsidenten des Schwurgerichts von Chiati. Dieses ausführliche Schreiben, dessen Abdruck in der italienischen Presse verboten wurde, stellt fest, daß das außerordentliche Verfahren, das verfassungsgemäß die mit Regierungsmassnahmen verknüpfte Verantwortlichkeit hätte feststellen müssen, völlig unterblieben ist; daß die Richter verfehlt, die Ergebnisse der Voruntersuchung des Obersten Gerichts ignoriert, jede Kontrolle durch die Presse unterdrückt wurde. Man hat alles getan, um das endgültige Urteil zu einer unerträglichen Rechtsverhöhung zu machen. So kam die Zivilpartei zu der Entscheidung, daß die Teilnahme an einem derart verstümmelten und erstickten Rechtsverfahren, bei dem jede Untersuchung über die wahren Ursachen und die erste Verantwortung unmöglich ist, bei dem sich die Beweisaufnahme auf die gräßlichen materiellen Einzelheiten des Verbrechens beschränkt, auf das „Wie“ ohne das „Warum“, darauf hinauslaufen würde, diese Verstümmelung und Erstickung gutzuheißen und sich zu Mitschuldigen ihrer Ergebnisse zu machen. Wer einen Prozeß unter solchen Bedingungen annimmt oder ihn auch nur erduldet, verliert dadurch das Recht, seine unheilbare juristische und moralische Nichtigkeit zu proklamieren.

Und das Gefühl hat bereits der Witwe des Getöteten den nachstehenden, erschütternden Brief an den Schwurgerichtspräsidenten von Chiati eingegeben:

Erzellen!

Die Ermordung Giacomo Matteotti's ist für mich und meine Kinder eine Tragödie und als solche von jedem freien Menschen in Italien empfunden wurde, hatte in mir den Glauben geweckt, daß der Ruf nach Gerechtigkeit nicht ungehört verhallen würde; dieser Glauben hat mich in meinem ähertlichen Jammer aufrecht erhalten und mich bewogen, als Privatklägerin aufzutreten.

Aber in den Wechselfällen der Untersuchung und durch die jüngste Amnestie ist der Prozeß — der wahre Prozeß — nach und nach wertlos geworden. Was heute von ihm bleibt, ist nur ein Schatten.

Ich hatte keinen Haß auszudrücken und keine Rache zu fordern; ich wollte nur Gerechtigkeit. Die Menschen haben sie mir verweigert; ich werde sie von der Geschichte empfangen und von Gott.

Ich erlaube Sie daher, mir zu erlauben, dem Prozeß fern zu bleiben, der mich nichts weiter angeht.

Meine Anwälte, die auch in diesem Augenblick mit mir solidarisch sind, werden meiner Entscheidung rechtskräftige Form geben. An Sie, Erzellen, richte ich die Bitte, mich der Qual, vor den Ämtern zu erscheinen, zu entbinden. Es würde mir vorkommen, als ob ich dadurch das Andenken Giacomo Matteotti's beleidigte, für den das Leben etwas fürchtbar Ernstes war, jenes Andenken, um dessen willen ich weiter lebe, einsam und zerrissen, und in dessen Licht ich meine Söhne zu stolzen und suchtslosen Menschen erziehen will, wie ihr Vater einer war.

Mit Hochachtung
Velia Matteotti.

Aus denselben Gründen aber, die die Zivilpartei veranlassen, ihre weitere Teilnahme an einem Verfahren abzulehnen, das nur auf eine typische Rechtsbeugung hinauslaufen kann, behält sich die Zivilpartei alle Rechtsmittel vor, um in Zukunft, vor welcher Instanz dies immer sein möge, in dem Zeitpunkt und in der Form, die zur Aufhellung der Wahrheit am geeignetsten erscheinen werden, jedwede Verantwortlichkeit zur Anzeige zu bringen, jedweden Verantwortlichen zu erreichen. Sie tritt nicht zurück, sie hat nicht Anteil an Verzeihen und Vergessen, sondern will den Weg zu einem Urteil offen erhalten, das heute unmöglich ist, aber morgen unvermeidlich.

Die Koalition in Nöten.

Soehla fährt nach dem Süden. — Bechyně fährt die Geißel. — Das Schicksal der Staatsangestelltenfrage dauernd ungewiß. — Der Ausweg: ein Beamtenkabinett?

In der Koalition gibt es wieder einmal eine Krise, allerdings keine Krise, wie sie die alte Koalition so oft durch- und überlebt hat, sondern eine Reihe von Schwierigkeiten und schweren Konflikten taucht diesmal auf, vor deren Lösung selbst die geübtesten Koalitionspolitiker ratlos zurückschrecken: Eine ganze Menge von Fragen gibt es, an denen das Koalitionsschiff led zu werden droht: Zollkonflikte — von dem wir auch weiter unten sprechen —, Staatsangestelltenvorlage, Militärdienstzeit, Pausen, Aktivierung der Sozialversicherung und vieles andere.

Der Ernst der Situation wird dadurch charakterisiert, daß vor der Lösung der Probleme sogar Ministerpräsident Soehla selbst die Flucht ergreift. Während es noch am Sonntag in eingehenden Kreisen hieß, daß Soehla Montag früh wieder zu amtieren beginne, hat sich die Lage dahin gewandelt, daß Soehla wieder, wie schon einmal, nach dem Süden fährt und die ganze Schlamassel seinem Kollegen Bechyně überläßt. Dieser soll den verfahrenen Koalitionsschiffen aus dem Schlamm, der sich seit den letzten Wahlen aufgehäuft hat, herausziehen.

Bechyně findet keine beneidenswerte Situation vor: In der Frage der Agrarzölle kämpfen die tschechischen Sozialdemokraten allein gegen die fünf übrigen Koalitionsparteien. Die tschechischen Nationalsozialisten verhalten sich vollkommen kühl: Während die tschechische Sozialdemokraten erklären, sie würden im Kampfe gegen die Zölle bis zum äußersten gehen, sagt das „České Slovo“: „Der Kampf um die Getreidezölle beschränkt sich praktisch vorläufig auf Plänkelleien zwischen zwei Parteien“. Die Nationalsozialisten geben also deutlich zu verstehen, daß sie an dem Streit uninteressiert sind. Zölle hin, Zölle her — das geht den Sozialismus berer um Kofas herum — den „Sozialismus des Bergens“, wie sie ihn mit Vorliebe nennen, verflucht wenig an. Wenn ihr Stützpunkt nur im Amt bleiben und die „Malozemelska Jednota“ Kartoffel für die Armee liefern kann — das ist ihnen die Hauptsache!

Was die Staatsangestelltenvorlage anlangt, so haben sowohl die tschechischen Sozialdemokraten, als auch neuestens die tschechischen Nationalisten Änderungsanträge überreicht, von denen sie die Annahme der Vorlage abhängig machen wollen; vorläufig steht Dr. Engelis noch auf dem Standpunkt der unbedingten Annahme der Vorlage, die er auch zurück-

ziehen entschlossen sein soll. So wird sich auch an dieser Frage, geschweige denn vom schwierigen Bedeckungsproblem, in dem die Gegenfrage schier unüberbrückbar sein sollen — Bechyně politische Kunst erproben müssen — sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Partei!

Und neben diesen Problemen taucht Strikbruchs unbedingte Forderung nach der 18 monatigen Dienstzeit auf, ferner die passive Resistenz einiger Parteien gegenüber dem Baugesetz und gegenüber der Aktivierung der Sozialversicherung, die nach den neuesten Versionen mit der — Forderung der Agrarier verknüpft wird!

Bechyně hat sich sofort in die Arbeit gestürzt, er verhandelte vormittags mit Agrariern und tschechischen Volksparteilern, präsidierte nachmittags der Dvanactka — die zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch tagt — und hatte am Abend Konferenzen mit verschiedenen Politikern. Kein Wunder, daß ihm und seinem kranken Organismus viele Politiker bei der Fülle der zu lösenden Probleme ihre Ueberwältigung nicht zutrauen; als Ausweg wird bereits das Beamtenkabinett genannt.

Wie wir in den Abendstunden erfahren, ist die Krise der Koalition tatsächlich ernster, als man angenommen hat. Der erkrankte Ministerpräsident hat seinem Stellvertreter Minister Bechyně die Regierungsgeschäfte mit dem Auftrage übergeben, die Koalitionsparteien für die Herausgabe einer Verordnung zu gewinnen, in der die letzten Getreidezölle zur Einführung gelangen. Bechyně hat den ihm vom Ministerpräsidenten gestellten Auftrag abgelehnt und seine Stellung als Stellvertreter des Ministerpräsidenten niedergelegt. Es ist nun möglich, daß ein anderer Minister mit der Stellvertretung des Ministerpräsidenten und der Führung der Verhandlungen mit den Koalitionsparteien — etwa Kramar oder Stříbrný — betraut werden wird. Dieser Wechsel in der Person des Stellvertreters des Ministerpräsidenten kann aber die Krise nicht beheben. Der einzige Ausweg, der nun übrig bleibt, ist aller Voraussicht nach die Einsetzung einer Beamtenregierung, deren Aufgabe es sein wird, die letzten Getreidezölle sowie die Erhöhung der Kongrua und die neuen Verbrauchssteuern durchzuführen. Was die Bevölkerung zu dieser Belastung und damit Herabsetzung ihrer Lebenshaltung sagen wird, ist freilich eine andere Frage.

Eile vor Sessionschluß.

Schluß der Sprachendebatte im Abgeordnetenhaus. — Die Verlängerung der Zwangspacht. — Die Einkommensteuergrenze für Kriegsbeschädigte.

Prag, 16. März. Während der heutigen Hausung, die sich wieder von mittag bis in die späten Nachstunden hinzog, wurden in den Councils die verschiedensten Gerüchte über die neue schwere Koalitionskrise kolportiert, die sich abends dahin verdichteten, daß eine Beamtenregierung kaum mehr abzuwenden sei, nachdem Bechyně die Verhandlungen mit den Koalitionsparteien über die letzten Getreidezölle in Stellvertretung des Ministerpräsidenten abgelehnt hat. Wir bringen einen ausführlichen Bericht darüber an anderer Stelle.

Der Abschluß der Sprachendebatte, die mit der Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen die Regierung endete, brachte keineswegs besondere Sensationen. Namentlich die Rede des Dr. Kramar war eine ausgesprochene Enttäuschung. Den Ausführungen des Genossen Dr. Czech in seiner großen Rede vom letzten Donnerstag hatte er keine Argumente entgegen-

zusehen. Wenn Kramar von der unverbesserlichen Mentalität der Deutschen schlechtweg sprach, so ging dies immer nur an die Adresse der Deutschbürgerlichen, für deren verhehlte Sprachpolitik im alten Oesterreich der deutsche Arbeiter und dessen Führer nicht verantwortlich sind.

Im weiteren Sitzungsverlaufe wurde das Gesetz über die Zwangspacht, sowie das Gesetz über die Einkommensgrenze, bis zu welcher die Kriegsbeschädigten unverlöst zur Auszahlung gelangen sollen, in Beratung gezogen. In beiden Fällen nahmen Vertreter unserer Partei die Gelegenheit wahr, um die Beschwerden der Kleinpächter und Kriegsbeschädigten vorzubringen.

Die morgige Sitzung soll den Rest der heutigen Tagesordnung erledigen, worauf die jetzige Session geschlossen und das Haus für die nächste Woche zur Frühjahrssession einberufen werden wird.

Das Abgeordnetenhaus setzt gegen 2 Uhr nachmittags die Debatte über die Sprachverordnungen, bzw. den diesbezüglichen Mißtrauensantrag des Deutschen Verbandes fort.

Rayn-Paring (D. Christl. Soj.) stellt fest, daß die Regierung nicht nur nichts getan hat, um bei uns zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, sondern daß sie im Gegenteil um immer neuen Zündstoff Sorge trage; daher sei der Mißtrauensantrag vollkommen begründet. Man brauche bloß auf die einseitige parteidemagogische Art hinzuweisen, wie die Regierung in die jetzige Debatte eingegriffen hat; sie sieht ihre Aufgabe darin, den Machtapparat des Staates ihren nationalistischen Zwecken dienstbar zu machen. Die Verfassung und Geschäftsordnung, die Bodenreform, Kriegsankleihe, der Beamtenabbau usw. sind weithin sichtbare Zeichen dieser Unterdrückungspolitik. Für diese Art der Staatsauffassung scheint es Abend werden zu wollen; aus der Demokratie der Diskussion werde immer mehr Oligarchie und Autokratie. Durch solche Sprachverordnungen werde man die Deutschen nicht zur Mitarbeit ziehen. (Beifall.)

Kral (Komm.) erklärt, daß eine Lösung der nationalen Probleme in einem Bourgeoisstaate überhaupt nicht möglich sei, und bringt verschiedene Beschwerden der Minderheiten in der Slowakei vor.

Kurtal (Auton. Sojus) erklärt, daß die

Sprachverordnung im Widerspruch steht zu den im Friedensvertrag verbürgten Rechten des Karpathorussischen Volkes und zeigt als Beweis für die elende wirtschaftliche Lage in Karpathorussland ein Stück Vaserbrot vor, mit dem die Leute ihren Hunger stillen müssen.

Der Volksparteiler Bolosin bekräftigt die Sprachverordnung und gerät im Verlaufe seiner Rede wiederholt mit dem Abgeordn. Kurtal in ein Wortgefecht. Kurtal wird vom Vorsitzenden Dostalek nicht weniger als dreimal zur Ordnung gerufen.

Grebak-Ostob (Slow. Volkspartei) weist auf den Standpunkt seiner Partei hin, daß die tschechoslowakische Republik auch ihr Vaterland sei; wenngleich die Slowaken die Autonomie fordern, so sind sie doch weit entfernt, die Losreißung von der tschechoslowakischen Republik anzustreben. Die Deutschen und Ungarn hätten weit größere Rechte als die Slowaken selbst, deshalb sind die Slowaken mit dem heutigen Zustand unzufrieden. In der Praxis sei die slowakische Sprache das wahre Aushenbrödel bei den Behörden, welche meist kein Verständnis für die Slowaken haben. Der Bittbürger Vertrag versprach den Slowaken slowakische Schulen und Gerichte, in Wirklichkeit bewakeln sie nur tschechische. Der slowakische Intelligenzler finde bei der Bewerbung um eine Staatsstelle überall verschlossene Türen. Das bewirke Erbitterung und Redner lehnt daher die

Verantwortung für das heutige Regime in der Slowakei ab.

Die folgende Rede des Abg. Kramar, dem ein volles Haus anfangs mit der größten Aufmerksamkeit zuhörte, war sowohl sachlich als auch rhetorisch eine Enttäuschung: Sie bewegte sich durchwegs in den landläufigen Phrasen der tschechischen Chauvinisten. Seit den ersten Kämpfen um die Stremopersche Sprachenverordnung von 1879 hätten die Deutschen ihre Taktik nicht geändert. Ihr Hauptargument sei, daß die Verordnung gegen die deutsche Sprache, die doch eine Weltssprache sei, gerichtet wäre; kulturelle Werte könne man aber nicht nach der Einwohnerzahl messen. Die deutsche Mentalität sei immer dieselbe. In einem Atemzuge verfluchten sie die Friedensverträge als Verbrechen, sind aber darin einig, daß sie günstige Bestimmungen, dann berufen sie sich immer und überall auf diese. Die Erfahrungen mit den Deutschen müßten für die Tschechen eine historische Lehre sein: Die Deutschen schreiben sie lassen, ihren Weg zu gehen und fest zu sein. Er versucht sodann, dem Genossen Dr. Czech zum Vorwurf zu machen, daß er seinerzeit gegen die tschechische Universität in Brünn aufgetreten sei, welche durch nichts begründete Behauptung Genosse Czech energisch zurückweist. Kramar bezweifelt, daß sich die Deutschen in den wenigen Jahren seit dem Kriege, wo sie die Staatsprache verlangten, grundlegend geändert hätten. Die Deutschen seien das Unglück gewesen. Des weiteren verteidigt Kramar den Ministerpräsidenten Soehla gegen den Vorwurf des Wortbruchs. Das Versprechen sei zur Zeit der rotgrünen Koalition gegeben worden und dieses Versprechen habe die jetzige Regierung nicht binden können.

Gen. Dr. Czech: Es war diese Erklärung in der Obmannerversammlung ausdrücklich vereinbart!

Kramar: Wir würden uns bedanken, wenn wir die Zusagen aus der Zeit der rotgrünen Koalition jetzt honorieren sollten. Als Kreibich an dieser Stelle Zwischenrufe macht, ruft ihn Genosse Pohl zu: „Lassen Sie ihn doch bewirken, daß man den Ministern nicht glauben darf.“

Noch verfehlter als die Rekrimationen an

Die Zwangspacht.

Nach der Annahme des Gesetzesentwurfes über den Hausierhandel in zweiter Lesung geht das Haus in die Beratung des Berichtes des Landwirtschaftlichen Ausschusses über die weitere Verlängerung der vorläufigen Zwangspacht ein.

Genosse Leibl

erzählt zu diesem Punkte als erster Redner das Wort, um die nur allzu begründeten Beschwerden der Kleinpächter zu vertreten. Die Kleinpächter warten mit Bangen auf einen gerechten Richterentscheid. Das bisherige Gesetz war vollkommen unzulänglich; denn trotz dieses Gesetzes wurden tausende Kleinpächter gekündigt und ihnen die Pachgrundstücke weggenommen, selbst wenn diese schon bebaut waren. Es gibt da kein Recht, kein Gesetz. Mochabend bei der Pachtaufnahme ist nicht die Bedürftigkeit, sondern bloß die Nationalität; denn die Bodenreform ist nichts anderes als

ein Mittel zur Tschechisierung.

Es ist von der Regierung direkt leichtsinnig, dem Hause nun zum fünften Male die Verlängerung des Gesetzes auf ein Jahr vorzuschlagen mit der Begründung, daß die Bodenreform bis dahin beendet sein wird. Dadurch ist es dem Kleinpächter unmöglich gemacht, einen geregelten Wirtschaftspläne aufzustellen, da er nicht weiß, ob er die Grundstücke noch im nächsten Jahre bebauen wird. Die Rentabilität und die Produktion wird durch ein solches Gesetz furchtbar geschädigt und die Kleinpächter vielfach direkt an den Bettelstab gebracht.

Genosse Leibl beschäftigte sich sodann mit dem neuen Adel, der

die Rückgüter

bekommen hat und dem meist jedes Verständnis und auch das nötige Kapital fehlt. Das Ergebnis ist eine Mißwirtschaft und ein Raubbau auf diesen Gütern. Genosse Leibl besprach dann die ungläublichen Drangsalierungen, die

200 langjährige Kleinpächter in Eisenstein

im Böhmerwalde seitens des Bodenamtes zu erdulden haben. Sonar das Oberste Verwaltungsgericht hat diesen Kleinpächern ihre Pachgrundstücke als Eigentum wiederzugeben; trotzdem aber verhindert das Staatliche Bodenamt mit allen Mitteln die Durchführung dieses Gerichtsbeschlusses und will die Kleinpächter durch den unerbörtesten Terror um ihr Recht bringen. Infolge dieser Schikanen des Bodenamtes geht die landwirtschaftliche Produktion in dieser Gegend sehr zurück.

Zu einer gerechten Bodenreform ist das Staatliche Bodenamt in seiner heutigen Form durchaus ungeeignet. Dazu müßten mit den Interessenten auch die Gemeinden und Bezirksverwaltungen, die Gerichte und die Grundbuchämter (Gen. de Witte: Die kann man zu dem Schwindel nicht brauchen!) mitwirken. In Wirklichkeit aber besorgen draußen auf dem Dorfe

die Tschechisierungsvereine

die Aufteilung des Bodens, und daran kann dann auch der höchste Beamte nichts mehr ändern.

Die deutschen Bodenbewerber bekommen nur dann Grundstücke zugewiesen, wenn sie den

das alte Oesterreich war der nun folgende Versuch des Dr. Kramar, die Grundlosigkeit der deutschen Beschwerden gegen das Sprachengesetz an Hand der angeblich günstigen Bestimmungen der Verordnung darzulegen. In 107 Bezirken, wo 96 Prozent aller Deutschen wohnen, hätten sie eine rein deutsche Amtierung.

Gen. Dr. Czech: Ueberall heißt es nur „Kan“, das heißt, daß niemand einen Anspruch darauf hat.

Kramar: Spielen Sie nicht mit Worten! Gen. Dr. Czech: Es war diese Erklärung in Ihre Gehe anders!

Kramar (fortfahrend): Es wird am besten sein, die Verordnung in der Praxis sich auswirken zu lassen, dann werden die Deutschen selbst einsehen, daß es nicht so schlimm ist. Als sich Kramar dann über den ablehnenden Standpunkt der Kommunisten gegen die Sprachverordnung äußert, wird er von den Kommunisten vielfach mit Zwischenrufen überschüttet und als der ärgste Ausbeuter bezeichnet, als er sich zum Anwalt gerade der tschechischen Arbeiter in den deutschen Gebieten aufschwingen will. Er erwartet, daß die Regierung das Gesetz und die Verordnung verteidigen und die Republik als Nationalistat aufrechterhalten werde. Seine Partei werde von diesen Grundsätzen keinen Schritt abgehen.

Nach einigen sachlichen Bemerkungen der Abgeordneten Jung, Kurthaj und Bolosin sowie nach dem Schlussworte des Berichterstatters Dr. Hajn schritt das Haus zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Mehrheit des Initiativ Ausschusses, über den Mißtrauensantrag Hr. Lufschka und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus ist voll besetzt, nur die slowakischen Volksparteiler haben sich abentert und ihr Führer Hlinka steht sogar von den Kommunisten mit zahlreichen Zwischenrufen überschüttet, von der Galerie aus ruhig der Abstimmung zu. Die Auszählung des Stimmverhältnisses ergibt eine Mehrheit von 155 Stimmen der Koalition gegen 103 der Opposition. Damit ist

der Mißtrauensantrag abgelehnt.

Tschechisierungsvereine betreten und ihre Kinder in die tschechischen Schulen schicken,

und auch dann müssen sie eine längere Demohungsrast als Pächter durchmachen. Wir haben den guten Glauben an die Gesetzbildung in diesem Hause verloren und haben das Gefühl, daß jedes Gesetz nur gegen uns geschaffen

wird, und wenn ein Gesetz noch einen Funken Gerechtigkeit in sich hat, dann wird auch dieser Funken durch die Durchführungsverordnung zerstört. Deshalb setzen wir keine Hoffnung auf dieses sogenannte Pächterschutzgesetz. (Beifall.)

In der weiteren Debatte nimmt sich der deutsche Agrarier Böhm auf einmal der kleinen Pächter an und verlangt die Verlängerung des Gesetzes um mehr als ein Jahr, da sonst niemand einen Wirtschaftspläne aufstellen könne.

Der Kommunist Mikulsk erklärt den Regierungsentwurf als Beweis für die agrarische Demagogie. Seine Urheber hätten keine Ahnung von einer rationalen Wirtschaft. 2000 Restgüter seien schon Protektionsländern zugeteilt worden, und selbst innerhalb der Agrarpartei verlange man vielfach eine Revision der Bodenreform.

Auch Keler (Christl. Soj.) bezieht die Bodenreform als Korruption älterer Art, während der tschechische Sozialdemokrat Becko darauf hinweist, daß jetzt die Bodenreform namentlich in der Slowakei durchzuführen in Anariff genommen werden sollte. 200.000 Hektar sollen innerhalb zweier Jahre parzelliert werden, doch fehle der nötige Kredit, und deshalb müsse der Staat eingreifen.

Schließlich wurde der vom Senat bereits genehmigte Regierungsentwurf unverändert angenommen und einer Resolution des landwirtschaftlichen Ausschusses zugestimmt, daß bei der Durchführung der Bodenreform die bisherigen Zwangspächter nach Möglichkeit wenigstens soviel Boden zugeteilt erhalten sollen, als sie bisher in Zwangspacht haben.

Die Kriegsbeschädigtenrenten.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet der Regierungsentwurf über die Einkommensgrenze der Kriegsbeschädigten. Selbst der Berichterstatter Dubick muß zugeben, daß die Reichsstaaten das Kriegsbeschädigtenproblem viel günstiger gelöst haben als wir. Vom 1. Jänner 1924 wurde die Höchstgrenze für das Einkommen der Kriegsbeschädigten, bei welchem sie noch Anspruch auf die volle Rente haben, auf 5000 bzw. bei wirtschaftlich Unselbstständigen auf 10.000 K erniedrigt. Das Gesetz wurde für 1925 verlängert und wird jetzt abermals zur Verlängerung unverändert vorgelegt. Im Laufe der Debatte, die von einer ganzen Reihe von Rednern bestritten wird, erweist für unseren Klub Abgeordneter

Genosse Schuster

das Wort und führt u. a. aus:

Die Vorlage beinhaltet eine Verlängerung des bisher geltenden Gesetzes auf ein weiteres Jahr. Die Einkommenssteuergrenze ist jedoch viel zu niedrig eingestellt und es sei unverständlich, daß gerade die wirtschaftlich Selbständigen schon bei mehr als 5000 K Einkommen nicht mehr ihre vollen Rentenbezüge bekommen sollen. Wir wünschen überhaupt keine Begren-

Devisenkurse.

Prager Kurse am 16. März.

Table with 3 columns: Currency, Gold, Silver. Includes entries for Dutch, Reichsmark, Swiss, etc.

Die oft in tristen Verhältnissen leben. Die Verfristung für die Anmeldung der Rente ist zu kurz bemessen.

Wir fordern, so schloß der Redner, daß für alle Kriegsbeschädigten, die im Auslande leben, in gleicher Weise vorgelegt werde.

Nebst diesem Gesetz wurde dann noch eine Anzahl von Vorlagen angenommen.

In dem (endlich gewählten) Ständigen Ausschuh ist unsere Partei durch Genossen Riehnert vertreten.

Zum Schluß lehnte die Koalition unseren Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Karlsbader Vorfälle ab.

Ein kommunistischer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Explosionskatastrophe in der Tischlergasse wurde gleichfalls abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen um 10 Uhr vormittags.

Inland.

Gegen die ungeheuerlichen Verbote unserer Versammlungen!

Die sich häufenden Verbote unserer Versammlungen haben die Senatoren Genossen Dr. Heller, Löw und Genossen veranlaßt, an den Minister des Innern eine Interpellation zu richten, in der es heißt:

In der letzten Zeit häufen sich die Verbote von Versammlungen, welche von Mitgliedern der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei angemeldet werden. So wurden Versammlungen in Weipert, Neuern und Komotau von den politischen Bezirksverwaltungen mit der Begründung verboten, daß durch diese Versammlungen die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedroht werde.

Die genannten Genossen fragen daher die Regierung: Sind die in der letzten Zeit sich häufenden Verbote von Versammlungen, wie beispielsweise in Weipert, Neuern, Komotau und Bergreichenstein auf Grund einer Weisung des Ministeriums des Innern oder der politischen Landesverwaltung erfolgt?

Wenn ja: mit welchen Vorgängen rechtfertigt der Herr Minister diese Weisungen? Wenn nicht: ist der Herr Minister bereit, die ihm unterstehenden Organe auf die Ungeheuerlichkeit dieser Verbote aufmerksam zu machen, sie zur Verantwortung zu ziehen und sie anzuweisen, der freien Betätigung der Bevölkerung durch öffentliche Versammlungen kein Hindernis in den Weg zu legen?

Die Offensive der tschechischen Agrarier.

Die tschechischen Agrarier lassen kaum einen Tag vergehen, ohne die Forderung nach Einführung fester Getreidezölle immer wieder zu erheben. Fast täglich erscheint im „Venkov“, dem Hauptorgan der Partei, ein Leitartikel für die Agrarzölle, alle landwirtschaftlichen Organisationen werden mobilisiert, um sich für den Schutzzoll auszusprechen.

Sozialistische Pfingsten! Genoffinnen! Genossen!

Zu einer Massenkundgebung rufen wir Euch! Zu einer Kundgebung in Form eines gewaltigen proletarischen Festes, — wir rufen Euch zur Teilnahme am

ersten Kreisfeste der westböhmisches Arbeiterschaft.

das zu Pfingsten 1926 in Tepliz-Schönanau stattfinden wird.

Die Arbeiterturner und Sportler des 5. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes haben beschlossen, ihr Kreisfest gemeinsam mit der sozialdemokratischen Kreisorganisation Tepliz-Saaz zu veranstalten.

Was soll das Kreisfest werden? Eine gewaltige Heerschau des nordwestböhmisches Proletariats, eine untergeordnete Kundgebung der nordwestböhmisches Arbeitermassen für die Ideen des Sozialismus, für die Ideen des Aufstieges des Proletariats, denen die Arbeitersportbewegung dient.

Die Veranstalter: Kreisorganisation Tepliz-Saaz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeiter-Turn- und Sportverband, 5. Kreis.

überwindliche Kraft der sozialistischen Massenbewegung vor Augen führen.

Rur dann können diese Absichten verwirklicht werden, wenn in allen Genoffinnen und Genossen der Wille zum Gelingen dieser Riesveranstaltung lebendig wird, wenn jeder Genosse und jede Genoffin, wenn jede proletarische Organisation alle Kraft, alles Können aufbietet, um zum Gelingen dieses Festes beizutragen.

Wir haben alle Zweige der Arbeiterbewegung zur Mitwirkung herangezogen, alle proletarischen Organisationen werden mit daran teilnehmen: Gewerkschaften, Genossenschaften, Sozialistischer Jugendverband, Arbeiterkämpfer, Arbeiter-Radfahrer, Naturfreunde, Freidenker und Kinderfreunde.

Rur heißt es: vorbereiten und rüsten! Zahlreiche Gäste aus dem Karlsbader, aus dem Aussiger und aus dem Bodenbacher Gebiete werden zu uns kommen. Sehr stark dürfte auch die Beteiligung der Turngenossen aus Deutschland sein.

Ein Fest der Arbeit soll es werden, ein Fest, das unsere Mitgliedschaften zu erneuter Arbeit anweikern wird und das allen Schwächen und Jagsthaften ein herrlicher Beweis proletarischer Kraftentwicklung sein wird.

Zu diesem Fest der Arbeit, zu dieser Befundung proletarischen Kulturlebens, zu dieser gewaltigen Demonstration für den Sozialismus rufen wir Euch, Arbeiter und Arbeiterinnen! Rur nütze die Zeit bis zu diesen sozialistischen Pfingsttagen zu eifriger Vorbereitung, zu unermüdbarem Werben und der Erfolg Eures Mühens wird herrliches Gelingen sein!

Die Veranstalter: Kreisorganisation Tepliz-Saaz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeiter-Turn- und Sportverband, 5. Kreis.

Die Kommunisten wollen den nationalen Ausgleich nicht!

Ein Eingekändnis im Parlament.

Der Reichsberger „Vorwärts“ veröffentlicht den Wortlaut der Rede, die der Abgeordnete Stern als Sprecher der kommunistischen Partei in der letzten Parlamentssitzung gehalten hat.

„Unsere deutschen Sozialdemokraten, Dr. Czech, B. schwärmen von einem Ausgleich, der jetzt herbeigeführt werden sollte. Es ist möglich, daß die tschechische Bourgeoisie zu einem Ausgleich, zu einer Verständigung gewonnen wird. Aber es ist ganz sicher, daß das nur ein Ausgleich von Kapitalisten mit Kapitalisten unter Preisgabe auch der nationalen Interessen der unterdrückten Nationen sein würde, nur zu dem Zweck, um gemeinsam die Arbeitenden aller Nationen besser unterjochen und ausbeuten zu können. Für so einen Ausgleich sind wir nicht zu haben. Das ist nicht die Herstellung des nationalen Friedens, sondern die Herstellung der kapitalistischen Einheitsfront gegen die großen Massen der Arbeitenden und Ausgebeuteten.“

Herr Stern hat es hier mit aller nur wünschenswerten Offenheit ausgesprochen, daß die Kommunisten den nationalen Ausgleich nicht wollen. Und das widerspricht so sehr einer realen proletarischen Politik und dem gesunden Menschenverstande, daß Herr Stern bei der Begründung dieses sehr interessanten kommunistischen Standpunktes fast notwendig zu Wagnen der Logik und Vernunft kommen mußte.

Aber einiges müßte ihnen, deren nationale Interessen jetzt, ohne Ausgleich, preisgegeben sind, selbst eine solche Verständigung bringen. Daß der Ausgleich ein besseres Instrument zumal für die Arbeiterschaft werde, das liegt trotz aller Rückschlüsse doch zum guten Teile bei ihr selbst. Denn eine Arbeiterklasse, die in allen Nationen den Ausgleich will, wird ihn nicht vom Bürgertum schleichen lassen, sondern von den Arbeiterparteien, so wie das eben die deutsche Sozialdemokratie versucht und die sich darum an die Spitze der Verständigungsbestrebungen stellte.

Die Arbeiter sollen sich das merken, sollen sich klar darüber sein — und Herr Stern läßt es an Klarheit darüber nicht fehlen —, daß die Kommunisten von nationalem Verständigungswillen nichts wissen wollen. Daß sie, während die deutsche Arbeiterklasse, doppelt unterdrückt, einen Kampf auf Leben und Tod führt, abseits stehen, ja jeder Verständigungspolitik in den Rücken fallen, aus verwerblichem Parteiinteresse, gegen das Interesse des Proletariats. Es ist darum auch über dieses kommunistische Eingekändnis hier auch noch nicht zum letzten Mal gesprochen.

Rechner bezog sich sodann ausführlich mit dem

allgemeinen Wund der Kriegsbeschädigten.

Die Lage dieser Schichten ist eine überaus traurige. Es gibt weit mehr als eine halbe Million Kriegsbeschädigte, deren Witwen und Waisen. Unter ihnen gibt es heute noch Jehntausende, welche noch nicht in den Besitz ihrer Renten gelangt sind oder auf Nachzahlungen trotz aller Urzungen Jahre lang warten müssen.

sozialärztlichen Untersuchungen

und diese sind ein sehr trauriges Kapitel. Es zeigt sich, daß die Halbhuber noch nicht ausgeheilt sind. Selbst ganz gebrechliche Personen werden für höchstens 30 Prozent erwerbsunfähig erklärt. Die Berufung gegen diese ärztlichen Befunde hilft in der Regel nichts. Besonders traurig ist

das Schicksal der Kriegsblinden,

die für sich und eine Pflegeperson mit höchstens 300 K monatlich auskommen sollen. Unsere Partei hat ferner einen Antrag eingebracht, wornach die Bindung der Rentenansprüche an die Einhaltung gewisser Verfallsfristen aufgehoben werden soll. Neuerdings sind Gerüchte im Umlauf, daß die Regierung den Abbau der Renten aller Kriegsbeschädigten plant, welche nicht mehr als 40 Prozent erwerbsunfähig sind. Gegen derartige durch nichts zu rechtfertigende Maßnahmen müßten wir den schärfsten Kampf eröffnen. (Beifall).

Die Debatte wird schließlich um halb 11 Uhr nachts abgebrochen. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags.

Innenminister No'el hat trotz alledem das Vertrauen der Koalition.

Prag, 16. März. Der Öffentlichkeit ist noch in Erinnerung, auf welche Weise der Innenminister No'el in der Vorwoche die Karlsbader Vorfälle im Senate behandelte:

er küßt seine Erklärung lediglich auf den Bericht der an den Vorfällen schuldigen Polizei!

Damals klatschte die Koalition dem Innenminister Beifall, obwohl ihn unsere Genossen noch während seiner Rede der Uninformiertheit und falschen Berichterstattung überführten. Heute hat die Koalition diesem ihren Minister trotzdem das Vertrauen ausgesprochen, indem sie seine Erklärungen zur Kenntnis nahm.

Vor der Abstimmung wurde noch der Rest der Debatte abgeführt, wobei der tschechische Nationalsozialist Panel eine seiner durch Länge, Kraftworte und chauvinistische Heße bekannten Reden hielt. Panel hatte diesmal allerdings großes Pech. Als er von dem Verbrechen eine Demonstration im Weltkurort Karlsbad sprach und gleich darauf über die zweite Internationale zu schimpfen begann, rief ihm Dr. Heller zu:

„Jetzt schimpfen sie, weil man sie in Hamburg hinausgeworfen hat.“

Allgemeine Heiterkeit erregte es, als Panel erklarte, er bebaure die jetzigezeitige Stellungnahme Palachys zu der nationalen Frage (weil Palachy für die Gleichberechtigung der Deutschen eintrat), und Dr. Heller den Zwischenruf machte: „Zwischen Palachy und Panel wähle ich Palachy!“

Nach Beendigung der Debatte mißbrauchte der Nationaldemokrat Dyl das Recht zu einer tatsächlichen Berichtigung zu einer Lobrede auf Kramat. Die Antwort des Sen. Heller, der sich gleichfalls zu Worte meldete, charakterisierte das Gleichgewicht zu Worte meldete, charakterisierte das Gleichgewicht, das Dyl ruhig reden ließ. Sen. Heller sagte nämlich: „Ich berichtigte tatsächlich, daß Senator Dyl keine sachliche Berichtigung gemacht hat. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das Ergänzungsgesetz über Militärrenten- und Versorgung behandelt, wobei

Genosse Joll

bebaure, daß ein Trennungstrieb zwischen den Kriegsbeschädigten Begünstigten und den Kriegsbeschädigten überhaupt erzeugen wird.

Trübe Aussichten für die Er-Landesväter

Berlin, 16. März. (Eigenbericht.) Je mehr sich die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren ihrem Ende nähert, desto günstigere Ergebnisse sind zu verzeichnen. So blieb der gestrige Montag, der dritte Tag der Frist, nur wenig hinter dem letzten Sonntag zurück. In Berlin zeichneten sich gestern 185.000 Wahlberechtigte ein, so daß die Gesamtzahl auf 1.277.000 Unterschriften gesteigert wurde. Auch aus dem ganzen Reich werden ähnliche Resultate gemeldet. In Breslau wurde gestern die bisher höchste Eintragungsziffer ebenso wie in Chemnitz mit 100.000 erreicht.

Besonders bemerkenswert sind die Resultate der Eintragung in Westdeutschland, wo sich nicht allein Sozialdemokraten und Kommunisten zur Eintragung drängen, sondern auch christliche Arbeiter in großen Scharen zu den Lokalen strömen. Köln hat in Erwartung des Ansturmes der letzten Tage sein Beamtenpersonal um das Drei- und Vierfache verstärken müssen. Auch die Resultate aus den Landbezirken bessern sich zusehend. In Groß-Hamburg lagen gestern abends 370.000 Unterschriften vor, dort haben sich bisher 37,8 Prozent der Wahlberechtigten eingezeichnet.

Die Explosionstatastrophe vor dem Wehrausschuß.

Am 5. März geschah das Unglück in der Prager Tischlergasse; trotz unserer Forderung nach sofortiger Einberufung des Wehrausschusses hatte dieser erst am 16. März und auch da nur vor und während der Hausung die Möglichkeit, den Bericht des Ministers für nationale Verteidigung anzuhören und dazu Stellung zu nehmen. Der Bericht des Ministers brachte nichts Neues. In der darauf folgenden Debatte ergriff Abgeordneter Genosse Deeger das Wort und protestierte gegen die Art, wie der Wehrausschuß behandelt wird sowie dagegen, daß dieser so spät zur Sitzung einberufen wurde, was einer direkten Fälschung gleichkomme. Nach der Schilderung des Sachverhaltes und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß selbst die festgelegten gesetzlichen Bestimmungen bei Munitionstransporten nicht eingehalten wurden, kann man wohl schwer von einem unglücklichen Zufall, als vielmehr von einer grenzenlosen Sorglosigkeit und Leichtsinngigkeit sprechen, die sich die verantwortlichen Militärorgane zu Schulden kommen ließen, als sie anordneten, daß Granate Panzern ohne jede Sicherung durch die belebtesten Straßen befördert wurden. Genosse Deeger protestierte gegen die Belieferung der Kasernen mit Explosivstoffen und stellte folgenden

Antrag behufs Einsetzung einer Untersuchungskommission:

Der Ausschuss wolle ein Subkomitee zur Untersuchung der Ursachen der Explosionstatastrophe in der Tischlergasse einsetzen, dem Vertreter aller Klubs anzugehören haben. Dieses Subkomitee hätte weiter zu erheben und festzustellen, ob und in welchen Kasernen Sprengstoff und Munition aufbewahrt werden.

Dem Subkomitee werden die durchgeführten Erhebungen über den entstandenen Sachschaden zur Überprüfungs vorgelegt.

Genosse Deeger verlangte weiters vom Minister Aufklärungen über die Ursachen der zahlreichen Soldatenselbstmorde, die ein grelles Licht auf die Verhältnisse in der Armee werfen. Er verwies ferner auf die sich mehrenden Fälle der Erkrankungen an Genickstarre in der Olmützer Kaserne und verlangte eine strenge Untersuchung der dort herrschenden Zustände. Er protestierte gegen die Art, wie der Herr Minister den Wehrausschuß behandelt, indem er den Pressevertretern ein militärisches Programm von so großer Tragweite mit Uebergehung des Wehrausschusses erstattet, ohne dem Wehrausschuß auch nur Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen.

Der Minister versuchte in längeren Ausführungen, die in der Debatte vorgebrachten Anklagen zu entkräften und verwies darauf, daß er den strengen Auftrag erteilte, von einer weiteren Belieferung der Kasernen mit Granaten Abstand zu nehmen. Was mit jenen bereits eingelagerten Granaten zu geschehen hat, verschwie er wohlweislich. Er gab weiters bekannt, daß die Erhebungen noch nicht vollkommen abgeschlossen seien und daher ein klares Bild noch nicht zuläßt. Zum Schluß wurde der Antrag des Genossen Deeger von den Koalitionsparteien abgelehnt.

Die Schulautonomie.

Stellung der deutschen Hochschulprofessoren.

Die am 3. März d. J. stattgehabte Vollversammlung des Verbandes der deutschen Hochschulprofessoren in der Tschechoslowakischen Republik hat einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die 3,5 Millionen Deutschen im tschechoslowakischen Staate, deren kulturelle und wirtschaftliche Leistungen auf der ganzen Welt eine Achtung gebietende Stellung einnehmen, hatten bisher auf Erhaltung, Verwaltung und Ausgestaltung ihrer Schulen und Kultur-Einrichtungen nicht den geringsten selbständigen Einfluß. Wer nur eine Spur von natürlichem Rechtsempfinden in sich trägt, gleichviel ob er ein Deutscher ist oder nicht, wird hierin ein kraßes Unrecht erblicken.

Grundzüge des Rechtes und der Billigkeit fordern vielmehr mit aller Bestimmtheit: Nicht Führer und Beamte eines fremden Volkes können und dürfen für Erhaltung, Verwaltung und Ausgestaltung unserer Schulen und Kultur-Einrichtungen die Verantwortung tragen.

Nur Führer und Beamte unseres eigenen Volkes sind berechtigt und befähigt, diese Aufgabe zu lösen.

Zu diesem Auf nach voller Kultur-Autonomie sind wir um so mehr verpflichtet, wenn wir an die schweren Verluste denken, die die letzten acht Jahre unserem gesamten Schulwesen zugefügt haben. Die Einbußen unseres Volks- und Mittelschulwesens sind so bedeutend, daß sie schwere Schädigungen der kulturellen und schließlich auch der materiellen Leistungsfähigkeit unserer deutschen Bevölkerung zeitigen müssen.

Zu nicht minder schweren Besorgnissen gibt der zum Teil wahrhaft klägliche Zustand unserer Hochschulen Anlaß. Zahlreiche Lehrkanzeln sind unbesetzt, darunter einige schon viele Jahre hindurch, so daß der Unterrichtsbertrieb in manchen Fächern nur mit Mühe aufrecht erhalten werden kann. Viele ungemein wichtige Forderungen, die die Ausgestaltung unserer Hochschulinstitute und wissenschaftlichen Bibliotheken betreffen, blieben von der Unterrichtsbehörde unberücksichtigt, so daß

Tagesneuigkeiten.

Ein General als Friedensapostel.

„Zusammenschluß der Kulturböller gegen den Wahnsinn des Krieges!“

Der deutsche General Verhold von Deimling, früher begeisterter Soldat, ist durch das Erlebnis des Weltkrieges zu einem mutigen, bewußten Träger des Friedensgedankens geworden. Mit welcher Leidenschaft er nunmehr für seine Ueberzeugung eintritt, beweist die Antwort, die er jetzt in Genf im Völkerbundpalais einigen Journalisten erteilte, die, voll Sensationsgier gegenüber einem General an diesem Orte, ihn mit Fragen bestürmten. Deimling sagte dort:

„Nach der wüsten Menschenschlächtere des modernen Maschinen- und Giftgaskrieges muß doch ein jeder, der seine fünf Sinne beisammen hat und ein Herz für sein Volk und seine Mitmenschen in der Brust hat, nichts glühender wünschen, als daß Europa ein neuer Weltkrieg erspart bleiben möchte. Auch ist heutzutage der Krieg ja gar kein zweckmäßiges Mittel mehr zur Entscheidung von Völkerkonflikten. Denn infolge der engen Verstrickung der Weltwirtschaft bringt er nicht nur den Besiegten zur Strecke, sondern er ruiniert auch den Sieger. Den Beweis, meine Herren, haben Sie vor Augen: das heute noch unter den Folgen des Weltkrieges politisch, wirtschaftlich und moralisch darniederliegende Europa. Den Weltkrieg haben nicht nur die Mittelmächte verloren, sondern ganz Europa hat ihn verloren. Nach einem Zukunftskrieg aber wird der Zusammenbruch noch viel gründlicher sein. Denn der Zukunftskrieg wird ein Giftgaskrieg sein. Was das bedeutet, wissen die meisten Menschen, auch die meisten Offiziere, noch gar nicht.

Es bedeutet, daß der Giftgaskrieg nicht gegen die feindlichen Soldaten geführt wird, sondern mit Flugzeugen und Giftgasbomben gegen das feindliche Heimatland, gegen die großen Städte, gegen die Lebenszentren der Industrie, der Wirtschaft, des Handels und Verkehrs. Der Herrscher der Zukunft wird sich als Kriegziel die Vernichtung der Wirtschaft setzen, weil er so viel schneller dem feindlichen Volk seinen Willen aufzwingen wird, als es durch den langwierigen Schützengrubenkrieg möglich ist. Daß er dieses Ziel rückwärtslos und ohne Erbarmen verfolgen wird, davon, meine Herren, dürfen Sie überzeugt sein. Millionen von Bürgern, von Frauen und Kindern werden ihr Leben verlieren, und die im Kampf stehenden Nationen werden sich gegenseitig ihre Kulturen vernichten. Gegen diesen Wahnsinn müssen sich die Kulturböller zusammenschließen und müssen Mittel und Wege finden, ihn zu verhindern. Deshalb stehe ich heute in diesem Palast des Friedens und freue mich auf den Moment, wo mein Vaterland in den Bund der Völker aufgenommen wird.“

Deimling ist ein weißer Haube. Aber keine Aeußerungen werden doch eine gewisse Wirkung nicht verfehlen, eben deswegen, weil sie aus dem Munde eines einstmals berufenen Kriegshelden kommen. Wie groß müßte doch das unvorstellbare Grauen eines künftigen Krieges werden, wenn schon Angehörige dieser traurigen Kunst davor ihr Gesicht verhallen!

Skandalöse Zustände beim Infanterieregiment Nr. 8.

Die Senatoren Genossen Joll, Dr. Keller, Löw und Genossen haben an den Herrn Minister für nationale Verteidigung wegen der Zustände beim Infanterieregiment Nr. 8 in Mistel folgende Interpellation gerichtet:

Bei dem in Mistel untergebrachten Truppenteile des Infanterieregimentes Nr. 8, herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten und nach Abhilfe schreien.

Am 1. März wurden anlässlich einer Rosser-Kontrolle bei der ersten Rotte einem Soldaten zwei alte Nummern des in Prag erscheinenden „Sozialdemokrat“ von dem die Kontrolle durchführenden Rotteführer weggenommen. Auf den Einwand des Soldaten, daß er das Papier benötige, erklärte der Rotteführer: „Soldats brauchen Sie nicht!“ Wir bemerken, daß das Lesen und Halten des „Sozialdemokrat“ den Soldaten nicht verboten worden ist.

Im Kurs für Pferdewärter erklärte der Stadtkapitän Wawal (vierte Rotte) den deutschen Soldaten, sie würden keinen Urlaub erhalten, wenn sie nicht bald tsche-

chisch reden werden. Diese und ähnliche Aeußerungen hat der genannte Stadtkapitän wiederholt schon deutschen Soldaten gegenüber gemacht.

Die Strohfäcke sind bei diesem Regiment tagsüber mit grünen Leinwanddecken belegt. Diese wurden nicht neu übernommen, trotzdem verlangt man jetzt von den Soldaten, daß eine jede Decke, in der sich ein Fleckchen befindet, bezahlt wird, und zwar mit 34,70 K pro Decke, und in der Tat wurde am 10. d. M. bereits jedem Manne 10 K von der ohnedies fälligen Löhnung abgezogen. Und diese alten Decken bleiben, obwohl sie von den Soldaten bezahlt werden müssen, weiterhin Eigentum des Regiments.

In ähnlicher Weise geht man auch noch bei anderen Dingen vor, so zum Beispiel verlangt man, daß die Soldaten jene Gewehrläufe bezahlen sollen, die sich beim Schießen erweitem.

Das Verlangen der Bezahlung von verdorbenen Gegenständen ist ein kraßer Uebergriff, für den auch nicht ein Schein von Begründung angeführt werden kann.

Die interpellierenden Genossen fragen den Herrn Minister, ob er geneigt ist, die sofortige Abstellung der geschilberten Uebelstände zu veranlassen und eine Untersuchung gegen die schuldtragenden Personen einleiten zu lassen.

Ein drittes Opfer der Schneekolpe.

Berlin, 16. März. Der schwere Schneesturm auf der Schneekolpe, dem wie gemeldet, ein indischer Student und seine aus Berlin stammende Braut zum Opfer gefallen sind, hat ein drittes Opfer gefordert. Der aus Berlin stammende Buchhalter Erich Müller wird vermisst. Er hat von der böhmischen Seite aus eine Tour auf die Schneekolpe unternommen und ist vom Schneesturm überrascht worden. Eine Vergungskolonne ist aufgebrochen, um den Vermissten zu suchen.

Neues Grubenunglück in Oberschlesien. Ein großes Grubenunglück ist durch die Katastrophe auf der Karstengrube in Oberschlesien ausgelöst worden. Auf der Concordiagrube in Hindenburg brach Sonntag früh durch den Beuthener Erdstoß ein Teil der Andreasplöde zusammen und verschüttete drei Füller. Bis zum Nachmittag konnte man sich mit den drei Bergleuten, die die Füller bedient hatten, noch verständigen. Dann hörte jede Verständigungsmöglichkeit auf, so daß mit dem Tod der drei Bergleute gerechnet werden muß. Die Folgen des Unglücks auf der Karstengrube bei Beuthen, auf der am Samstag durch Bruch einer Strecke 34 Bergleute eingeschlossen wurden, haben sich glücklicherweise keineswegs als so schwer herausgestellt, wie es zuerst den Anschein hatte. Von den 34 Bauern wurden nur zwei vermisst, die wohl durch herabstürzende Kohlenmassen ums Leben gekommen sind. Bis 10 Uhr abends stand man mit den eingeschlossenen in Reicherverbindung; dann wurden die Antworten aus dem Erdreich immer unverständlicher und verstumten schließlich ganz. Bereits um 10,45 Uhr war es den Rettungsmannschaften gelungen, so weit vorzudringen, daß zwölf Bergleute gerettet werden konnten. Um 12 Uhr erreichte man die übrigen und um 2,45 Uhr waren die Vergungsarbeiten beendet. Eine Untersuchung über die Ursachen des Unglücks ist im Gange. Die Karstengrube gehört der Schlesischen Bergwerks- und Hütten A.-G. in Beuthen. Sie liegt im westlichen Teile des Stadtgebietes.

Gegen den Militarismus. Benruhigt durch die Aeußerungen der mahakabenden Stellen, hat sich die Deutsche Frauenliga für Frieden und Freiheit (gleichzeitig mit der „Ceskoslowakische Liga“, die ihrerseits an einige tschechische Frauen in der Nationalversammlung herantritt), an jene Parlamentarierinnen gewendet, die einer Partei angehören, in deren Parteiprogramm der Kampf gegen den Militarismus aufgenommen ist, und sie gebeten, im Namen aller Frauen und Mütter auf das energischste gegen jeden Ausbau des Militarismus zu protestieren, besonders aber gegen die Errichtung eines Schießplatzes im Brdhwald, die von kompetenten Faktoren als eine Gefahr für die Gesundheit der Umwohner, die klimatischen Verhältnisse Böhmens und den Bestand der Heilquellen Westböhmens bezeichnet wurde, — gegen die geplante Beibehaltung der 18 monatigen Dienstpflicht und gegen die Einführung der vormilitärischen Jugendausbildung. — Die tschechischen Frauen weisen in ihrem Briefe darauf hin, daß den Aeußerungen der tschechoslowakischen Außenpolitik im Sinne von Loarno nicht eher Glaubens geschenkt werden könne, ehe nicht

Die Einvernahme des Fällhlers Mejaros.

Budapest, 16. März. Der Vizepräsident der Staatsanwaltschaft Dr. Eugen Kallay hat gestern, um das Verhör des Privatdozenten Dr. Mejaros zu ermöglichen, die Befehle erhalten, an die türkische Regierung ein Ansuchen zu richten, das durch den Angaror ungarischen Gesandten weitergeleitet werden soll, und worin um die Einvernahme Mejaros durch die türkischen Behörden ersucht wird. Das gestern abgefaßte Ansuchen des Vizepräsidenten der Staatsanwaltschaft gruppiert die an Mejaros zu richtenden Fragen um drei Punkte: u. zw. soll Mejaros jene Personen namhaft machen, mit denen er in der Sofoltsfällungsangelegenheit in Verbindung stand, er soll Auskünfte über die Herstellung der Sofoltsfällungserkte und die Frankfällungen im allgemeinen erteilen, sowie angeben, welche von den in der Frankfällungsaffäre Angeklagten irgend eine Rolle bei der Sofoltsfällung gespielt hatten.

Die Denkungsweise auch durch das Verhalten innerhalb des Staates erwiesen werde.

Chebewilligung auf fünf Jahre. In das letzte tschechische Lehrerechtsgesetz ist, dank der erstarkten Reaktion, die sich bemüht, „den revolutionären Schutt wegzuräumen“, das Chebebott für Lehrerinnen wieder aufgenommen worden, nachdem es die provisorische Landesversammlung im Jahre 1919 beseitigt hatte. Der sozialdemokratischen Minderheit ist es damals nach zähem Kampfe gelungen, wenigstens eine Milderung zu erreichen. Danach kann die Landesregierung in berücksichtigungswürdigen Fällen zur Verehelichung einer Lehrerin mit einem „Standesfremden“ ihre Zustimmung geben. Die Chebewilligung ist also in diesen Fällen in das Ermessen der Landesregierung gestellt. Nun hat sich eine Lehrerin um die Zustimmung der Landesregierung, daß sie einen Hochschulassistenten und Privatdozenten heiraten dürfe, beworben. Die tschechische Landesregierung hat ein salomonisches Urteil gefällt: Sie hat der Lehrerin die Chebewilligung auf fünf Jahre erteilt. Da die Lehrerin natürlich an die nächst höhere Instanz geht, wird in Steiermark, sagt der „Arbeiterwille“, die christlichsozialen Landesregierungsmitglieder zu der traurigen Berühmtheit von Wehelsdorf, die sie dem Lande schon verschafft hat, noch den heiteren Ruhm von Schildbürgerern einbringen.

Der „Ministerialrat“, die Klosterschule und die Polizei von Jägerndorf. Dieser Tage besuchte die Klosterschule in Jägerndorf ein Herr, der sich der Oberschweizer als Dr. Milan Stojan, Redaktionsbeamter des Fürsorgeministeriums, vorstellte. Er sei gekommen, um verschiedene für die Verwaltung der Schule notwendige Daten festzustellen, u. a. auch, ob es richtig sei, daß die preussischen Lehrerinnen dieser Schule die ihnen anvertrauten Kinder angeblich körperlich züchtigen. Er trug sich auch in ein amtliches Buch ein. Als er der vor Ehrfurcht vergehenden Oberschweizer durch sein selbstbewusstes Auftreten gehörige Furcht eingejagt hatte, suchte das „amtliche Organ“ noch das Jägerndorfer private Waisenhaus auf, wo er sich ähnlich gebärdete. Er warf u. a. auch Bemerkungen von einer staatlichen Unterstützung hin. Vom Waisenhaus ging der Fremde zur städtischen Polizei im Jägerndorfer Rathaus, wo er anzeigte, daß er auf dem Wege vom Waisenhaus oder von der Klosterschule zum Rathaus sechs Hundert-Kronennoten verloren habe. Er ersuchte, wie der Olmüger „Bozor“ meldet, höflich die Jägerndorfer Polizei um eine einstweilige Ausbisse, um standesgemäß mit dem nächsten Zug nach Prag zurückkehren zu können. Der Jägerndorfer Polizei habe es zur besonderen Ehre gereicht, dem Herrn „Ministerialrat“ mit fünf Hundert-Kronennoten auszuhelfen zu können. Am nächsten Tage mußten aber, so sagt das erwähnte Olmüger Blatt, die Jägerndorfer Schweestern und in erster Linie die Jägerndorfer Polizei feststellen, daß sie einem geliebten Betrüger aufgesessen waren.

Die Eisenbahnkatastrophe in Costa Rica. Zwischen Majuela und Cartago in Mittelamerika ereignete sich, wie wir bereits gemeldet haben, Sonntag vormittag ein furchtbares Eisenbahnunglück. Ein Ausflüglerzug, der mit etwa 1000 Passagieren besetzt war, entgleiste in dem Augenblick, als er sich auf einer Eisenbahnbrücke, die über den Pirillastfluß führt, befand. Drei Wagen des Zuges entgleisten und stürzten 50 Fuß über die Eindeämmung in den Fluß hinab. Die Folgen der Entgleisung waren furchtbar. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 178 Personen sofort getötet und 75 Personen teilweise sehr schwer verletzt worden. Nach einer weiteren Meldung wird die Gesamtzahl der Toten auf nahezu 300 geschätzt. Vom Puerto Limon ging sofort ein Hilfszug mit Ärzten und Krankenschwestern an die Unfallsstelle ab, die den Verunglückten die erste Hilfe leisteten. Nähere Nachrichten über die furchtbare Eisenbahnkatastrophe fehlen noch; doch scheint es schon jetzt festzustellen, daß es sich um ein Eisenbahnunglück handelt, das bisher in den Annalen der Geschichte noch nicht verzeichnet ist. Nur der Einsturz der Tab-Brücke in Schottland, am 20. Dezember 1879 läßt sich damit vergleichen. Auch damals stürzte ein Eisenbahnzug in den Fluß, wodurch annähernd 200 Personen den Tod fanden. Die Unfallsstelle befindet sich auf dem Hochplateau von St. Jose, wo der größte Teil der Bevölkerung von Costa Rica anfällig ist. In Costa Rica leben auch zahlreiche Deutsche, die eine hervorragende Stellung im Wirtschaftsleben einnehmen. Das Unglück scheint sich auf der Strecke der interoceanischen Gebirgsbahn ereignet zu haben, die durch die Provinz Majuela und die gleichnamige Hauptstadt dieser Provinz führt.

Der Tod auf der Schneefuppe. Die Begleiterin des auf der Schneefuppe erstorbenen indischen Studenten...

Menschliche Verzerrung. Durch einen Testamentsstreit sind in einem Berliner Vorort ganz ungewöhnliche Familienverhältnisse aufgedeckt worden.

Diebstahl Zeit man in der „Adelsgesellschaft“ Deutschlands hat, beweist folgender Vorfall, den die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern mitteilt.

Vom Prinz zum Damenschneider. In Paris hat ein russischer Prinz Jussupoff einen Salon für Damenschneider eröffnet.

„Du sollst nicht stehlen.“ Die Ursache, warum, wie wir berichtet haben, der Bischof von Passau in verfassungswidriger Weise gegen das Volksbegehren...

in Deutschland Stellung genommen hat, liegt klar auf der Hand, wenn man weiß, daß er als Sohn von...

Der Geistliche als Bauherr. Ein sehr vielseitiger Herr ist der Reverend George Potter, der Geistliche der St. Christophorus-Kirche des englischen Städtchens Bexham.

Ein schwerer Zusammenstoß hat sich am Samstag abends auf einer Pariser Vorortstraße in der Nähe des Bahnhofs Such-Bonneuil zugegetragen.

Flugzeugunglück in Holland. Nach Nachrichten aus Nijmegen mußte Montag nachmittags über der Ortschaft Deurningen das Militärflugzeug H 493 eine Notlandung vornehmen.

Elementar Katastrophe in Südamerika. Wie gemeldet wird, sind in der Provinz Oro (Ecuador) infolge Hochwassers des Jubones, das durch einen Wollenbruch entstand, mehrere Dörfer überschwemmt worden.

Wetterüberblick vom 16. März. Die Niederschläge waren Montag wieder ausgebreitet und ergiebig; größere Mengen meldeten Orsoy und Tabor 7 mm, die Schneefuppe 8 mm, Preßburg 9 mm.

Vor einem internationalen Eisentartell.

Nach dem Kriege haben die Bestrebungen verschiedener Industrien, sich zu kartellieren und so den Markt zu beherrschen, zugenommen.

Es ist gar keine Frage, daß ein internationales Eisentartell von den größten Folgen für die Industrie ist und die Beherrscher des Eisentartells werden nicht nur in ihrer Branche ein Monopol haben...

Tschechischer Gewerkschaftskongress.

Die Vertretung des „Odborové Sružení Československé“ beruft ihren VIII. Gewerkschaftskongress nach Prag ein.

Der Zentralgewerkschaftsrat schlägt folgende vorläufige Tagesordnung vor: 1. Die Konstituierung des Kongresses, Begrüßungsansprachen der Gäste und Wahl der Ausschüsse.

Tschechische sozialdemokratische Frauentagung.

Am Sonntag fand in Prag eine Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Frauen statt, in welcher eine Entschließung, beinhaltend die nachfolgenden Forderungen, angenommen wurde:

zulage an die Staatsbeamtinnen, keine Erhöhung der Kongrua. Schließlich wird auf die Notwendigkeit der Versöhnung der Nationen hingewiesen.

Sturz des belgischen Frankens.

Brüssel, 16. März, (Eigenbericht.)

Am Montag ist ein panikartiger Sturz des belgischen Frankens eingetreten. Der belgische Frank, der seit acht Monaten mit 107 für das englische Pfund stabil war, stürzte am Montag auf 121 und tiefer.

Haus, Hof und Garten.

Wie man Bäume verjüngt.

Der Blüpfänger als Befruchter.

Ueber ein praktisch erprobtes Verfahren, den Ertrag von Nusspflanzungen zu steigern, berichtet ein Kontagenerbesitzer aus Guatemala dem New Yorker Scientific American bemerkenswerte Einzelheiten.

wie die gewöhnlichen und im Geschmack von wesentlich höherem Süßgehalt. In den genannten Monaten hatten wir besonders viele Gewitter zu verzeichnen.

Für den Kleingarten.

Das Pflanzen erfolgt am besten bei trübem oder Regenwetter bei anhaltender Trockenheit und sonnigem Wetter muß man die Wurzeln der Setzlinge vor dem Pflanzen in einem Drei aus Lehm und Ruhlsladen eintauchen, wodurch ein bestes Anwachsen veranlaßt wird.

Der Buschobstbaum ist der geeignetste Obstbaum für den Kleingarten. Er nimmt nicht viel Platz weg, gibt wenig Schatten und ermöglicht in den ersten Jahren auch eine nutzbringende Unterkultur von Beerenobst oder Gemüse.

Die schönsten im Frühjahr blühenden Sträucher sind die Deutzie mit ihren schönen, weißen Blütenrispen, die gelbblühende Forsythia, die gefülltblühende Kerrie, die mit ihren tulpenartigen Knospen und seerosenartigen Blumen so sehr gefächte Magnolie, das zartrosa Mandelbäumchen, die verschiedenen Zier-Johannisbeeren und Spiersträucher, der violette, wohlriechende Flieder, der schöne Schneeball, die zarte, vielfarbige Weigelle und die Moorerde liebenden Rhododendronarten in ihren verschiedenartigen Blütenbalden, sowie die stark gefärbten Frensdazaleen.

Soch stämmige Rosen werden am besten nur einmal angebunden, und zwar dicht unter der Krone. Reißt das Band wirklich einmal, so legt sich die Rose ohne Schaden um, während bei zweimaligem Anbinden das Zerreißen des oberen Bandes den Bruch des Rosenstammes zur Folge haben wird.

Für den Kleintierhof.

Die trachtige Ziege verlangt vollwertiges Futter, vor allem hüte man sich, noch vor dem Wurfe sogenanntes Mastfutter zu verabfolgen, das

durch zu starke Belastung der Verdauungsorgane die Entwicklung des Jungen im letzten Entwicklungsabschnitt benachteiligt. Viele angeborene Fehler sind darauf zurückzuführen.

Kaninchen, besonders den jungen Tieren, können die Ratten sehr schädlich werden. Zur Behebung dieses lästigen Ungeziefers nimmt man am besten Fellen. Dort, wo diese aber schwer anzu bringen sind, benutze man Meerzwiebeln. Diese, in Stücke geschnitten, müssen so gelegt werden, daß sie für die Kaninchen nicht zugänglich sind, da sie, in größeren Mengen gefressen, auch auf diese schädlich wirken. Die Ratten sterben schon bei kleineren Mengen mit ziemlicher Sicherheit. Andere Gifte, die stärker tödlich vermerke man nach Möglichkeit, denn diese können noch viel mehr Schaden anrichten als die ungefährlichen Meerzwiebeln.

Ist der Auslauf der Küden hart und großlos, so daß die Tiere nicht viel zu picken, haben und scharren haben, so ist es empfehlenswert, ausgestochene Rasenstücke dahin zu bringen, dann haben die Küden Beschäftigung und finden reichliches und zupackendes Futter.

Die Brutdauer weicht bei den verschiedenen Geflügelarten sehr voneinander ab. Tauben brauchen 17-19, Hühner 19-21, Enten 24-27, Puten 26-28, Gänse 29-31 Tage. Außerdem kommt es auch auf die Größe der Rasse an. Zwerghühner brauchen z. B. nur 17-19 Tage. Nicht minder schwankt die Brutdauer infolge äußerer Umstände: so führen zu zeitiges Segen, ältere Eier, kaltes Wetter zu einer Verlängerung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Dünf Generationen überlebt die Wäsche in ursprünglicher Frische und Beschaffenheit, wenn sie beim Waschen zweckmäßig und sorgfältig behandelt wird. Doch war bis heute kein Waschmittel auf dem Markt, welches die Wäsche nicht, — wenn auch unmerklich, — so doch zerstören würde. Nun ist es endlich nach jahrelangen wissenschaftlichen und praktischen Versuchen gelungen, ein Waschmittel in einer Vollendung zu schaffen, welches die Wäsche tatsächlich nicht angreift, auch bunte Wäsche, Wolle und Seide nicht. Dieses Waschwunder heißt „Versale“ und möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen. 3728

Die Arbeitszeitkonferenz in London.

Der britische Premierminister Baldwin eröffnete am Montag die europäische Arbeitszeitkonferenz mit einer Rede, in der er die wirtschaftliche Solidarität der Völker betonte. Alle Völker befürchten einen Rückfall in ungünstigere kulturelle und wirtschaftliche Verhältnisse, als sie vor dem Krieg geherrscht haben. Kein Volk könne auf Kosten des anderen zur Wohlfahrt gelangen. Der französische Delegierte Durafour erklärte, alle Völker waren mit Ungeduld auf die Erfüllung des im Friedensvertrag versprochenen Achtstundentages. Der deutsche Arbeitsminister Braun erklärte, er erkenne die Notwendigkeit an, die schwierige politische Zusammenarbeit in Genf durch eine europäische Gemeinschaftsarbeit in wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Hinsicht zu ergänzen. Vanier (Belgien) meinte, der Achtstundentag sei nicht nur notwendig, um mit seinen Nachbarn in gemeinsamer Arbeit zu leben, sondern auch, um den inneren Frieden in der eigenen Wirtschaft herbeizuführen.

Zum Schluß entwarf der englische Arbeitsminister Steel-Maitland das Programm der Arbeitskonferenz. Man habe nur diejenigen Länder eingeladen, die an den Vorbereitungen beteiligt waren und zwischen denen ein schriftlicher Meinungsaustausch über die Interpretation des Abkommens von Washington stattgefunden hat. Um aber den Anschein zu vermeiden, als ob man hier eine besondere Konvention, die sich gegen die anderen Völker richte, schaffen wolle, sei der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Thomas, eingeladen worden, mit seinen Beratern der Konferenz beizuwohnen, damit die anderen Länder, die an der Konferenz nicht persönlich vertreten seien, durch seine Anwesenheit die Würdigkeit hätten, daß in einem wahrhaft internationalen Geiste verhandelt werde.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Nächster Seminarabend Freitag, den 19. d., um halb 8 Uhr abends in der Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgr. Prag. Mittwoch, den 17. März l. J. findet im „Verein deutscher Arbeiter“, Prag II., Spitzg. 27/III, ein Gruppenabend unter Leitung des Genossen Karger statt. Jugendgenossinnen und Genossen, erscheinen zahlreich!

Kunst und Willen.

Wiener Jahrhundertfeier für Beethoven. Zur Durchführung einer Jubiläumfeier anlässlich der 100. Wiederkehr des Todesjages Beethovens im März nächsten Jahres hat sich in Wien ein Komitee gebildet. Mit der Beethovenfeier wird ein großer musikalisch-wissenschaftlicher Kongress verbunden sein, der von Delegierten aller ausländischen Staaten besucht wird.

Das Konzert des berühmten Cellisten Casals findet am 18. d. in der „Luceina“ statt. Casals wird u. a. Handels Sonate, Beethovens Variationen und eine Bach-Suite spielen. Am Klavier Otto Schulhof. Restliche Karten Weyler, Truhlar.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch 7 Uhr abends „Cosi fan tutte“, Donnerstag um halb 8 Uhr abends Tanz.

Abend Grete Wiesenthal — Toni Birnmeier. Freitag 7 Uhr abends „Die Teresina“, Samstag 6 Uhr abends, Gastspiel Karl Aagaard — Festwig — Josef Schwarz: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Sonntag 11 Uhr vorm. Kammermusik; halb 3 Uhr nachm. Arbeitervorstellung „Der Mastenball“; abends 7 Uhr: „Die Geisha“, Montag 7 Uhr „Die heilige Johanna“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends „Jonny's Busenfreund“, Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag Bankbeamtenvorst. „Der Liebestrank“, Samstag abends „Jonny's Busenfreund“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“, abends halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“, Montag „Die Mama vom Ballett“.

Turnen und Sport.

Bekämpft die Fettsucht!

3. Teil des Festprogramms. 7. Der Nord in der Zwiebelgasse. Schwank in 2 Akten. 8. Komischer Vortrag. 9. Gemeinames Lied: „Unser Sportverein, der geht nicht unter . . .“ Hierauf: Großer Festball.

Keines Programm, was? Uebertrieben? Nein! Daß es so etwas noch gibt, ist durchaus nachweisbar. Die Reste spießbürgerlicher „Festkultur“ sind in unserer Bewegung viel stärker, als sie mancher für möglich hält. Allerdings, in Städten, wo sich der erzieherische Einfluß unserer Parteipresse vor allem auswirkt, dürfte es kaum noch vorkommen, daß ein Arbeiter-Sportverein einen Lumpenball (woch ein Hohn auf die ins Elend gesunkenen erwerbslosen Klassenossen!) oder einen Rasenball („Die größte Gurke wird prämiert!“) oder ähnliches veranstaltet.

Die Arbeiter-Sportbewegung ist dazu berufen, nicht nur den gesundheitlichen Schäden, die der Kapitalismus den Proletariern zufügt, durch umfassende Leibesübungen entgegenzuwirken, sondern auch die Bildungsarbeit in ihren Reihen zu fördern, um die körperliche Kräftigung durch geistige Schulung zu ergänzen. Dieses Bestreben muß in allem, was in unserer Sportbewegung geschieht, zum Ausdruck kommen.

Wir vergeben uns gar nichts, wenn wir zugeben, daß es noch nicht überall so weit ist. Woran das liegt? Es ist nicht die Abweichung unserer idealen Bestrebungen, sondern Gedankenlosigkeit und unkritisches Festhalten an überlebten Formen. So kommt es, daß besonders in Arbeiterdörfern der Industriegegenden die festlichen Veranstaltungen der Arbeiterportler sich in kaum etwas von denen der bürgerlichen Vereine unterscheiden.

Alle Organisationsleitungen, die sich bemühen, bis in die letzten Winkel ihres Wirkungsbereiches als sozialistische Sportler tätig zu sein, brauchen sich nicht auf negative Kritik beschränken. Es ist leicht, anstelle eines solchen Schwanks ein lebendes Bild zu setzen, anstelle der „komischen Vorträge“ Rezitationen, anstelle des Biergegröhls proletarische Lieder. Verdoppeln wir unseren Eifer, die letzten Reste der spießbürgerlichen Festkultur auszuräumen. Wir wollen, daß unsere Arbeiterfeste unsere besondere Weltanschauung erkennen lassen. P. Fr.

Bayern hat als Segen des Konfords sein Schülerturnverband. Dort entscheidet der Nerus über das Gute und Böse beim Schülerturnen in den Vereinen. Die bürgerlichen Turnvereine haben es dabei sehr gut. Ueber sie deut die Geistlichkeit den Mantel der Nächstenliebe; dafür darf bei Festlichkeiten der Pfarrer die Rede oder gar einen Festgottesdienst abhalten. Anders geht es den Arbeiterturnvereinen. Ihnen wird das Schülerturnen unterlagert, weil in ihnen die Jugend nicht im „vaterländischen Geiste“ belehrt und beeinflusst wird. Darüber zu entscheiden, steht das Recht den Schulleitern zu. Das ist bürgerliche Ordnung.

In Dresden besitzt die Arbeiter-Fußballbewegung gegenüber dem bürgerlichen Fußballsport das Übergewicht. Dabei ist zu beachten, daß Dresden, was die Spielförderung anbelangt, zurzeit die Hochburg des bürgerlichen Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine ist. Das mit der großzügigsten Ausrüstung vorbereitete Spiel des Dresdner Sportklubs gegen

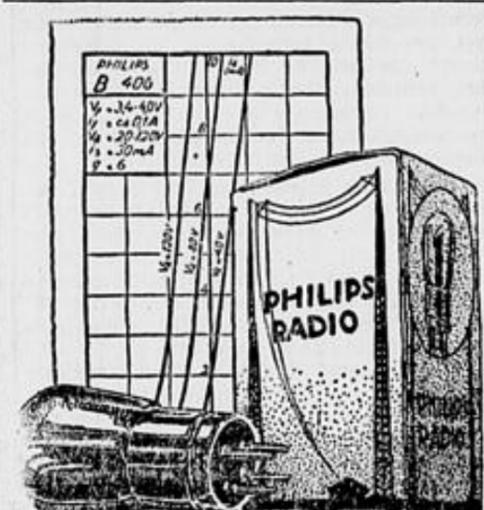
Herausgeber Dr. Ludwig Uetz.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Politz.

Tennis Borussia-Berlin hatte 10.000 Zuschauer aufzuweisen, wogegen das Treffen der Arbeitersportvereine Dresdner Sportverein 1910 gegen Leipzig-Südostlich in Gegenwart von 12.000 Zuschauern vor sich ging. Wiederholt unternommene Versuche, den D. S. V. 1910 zu Spielen mit den führenden Mannschaften des bürgerlichen Lagers zu bewegen oder einzelne gute Spieler zu „ziehen“, sind an der Festigkeit seiner Mitglieder stets gescheitert. Der D. S. V. 1910 ist gegenwärtig der aussichtsreichste Anwärter auf die Meisterschaft des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Geraer Schwimmverein, der seit bald 30 Jahren besteht, hat nunmehr endgültig seinen Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sportbund vollzogen. Kürzlich sprach in einer gutbesuchten Generalversammlung des Vereins Genosse Pud von der Zentralkommission in Berlin über Zweck und Ziele des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Dieses Referat wurde auf Beschluß der Mehrheit des Vereins ohne Diskussion entgegengenommen.

men, aber dann eine Debatte über den Beschluß der vorigen Generalversammlung eröffnet. Jener Beschluß auf Beitritt des Vereins, der bisher keinem Verbands angehört hatte, zu dem Arbeiter-Turn- und Sportbund war beanstandet worden. Als sich nunmehr aus der Diskussion ergab, daß die Gegner dieses Anschlusses bei weitem in der Minderheit waren, verließen von 296 Stimmberechtigten 62 die Versammlung. Nach ihrem Abzug wurde endgültig der Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sportbund beschlossen. Die Gegner der Arbeiterportbewegung im Geraer Schwimmverein werden voraussichtlich einen neuen Verein gründen oder sich der Deutschen Turnerschaft anschließen.

Die russischen Schwimmer, die auf Einladung des Schwimmvereines „Vorwärts 1897 C. B.“ am Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag und Sonntag in Berlin starteten, konnten auf allen Veranstaltungen gegen die Berliner Vereine nicht aufkommen. Sie zeigten zwar einen guten Schwimmstil, besonders im Zeitfchwimmen, unterlagen aber in fast allen größeren Konkurrenzen den Berliner Mannschaften. Das Springen scheint für die Russen eine besonders schwierige Angelegenheit zu sein. Was sie auf dem Abschiedsschwimmfest am Sonntag zeigten, steckte noch sehr in den Anfängen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die vielen Starts ermüdend auf die Russen gewirkt haben und daß sie in ihrer Heimat keine guten Winter-Trainingsmöglichkeiten haben, muß doch zusammenfassend festgestellt werden, daß die Berliner Vereine in jeder Hinsicht überlegen waren. Die Berliner Arbeitersportorganisationen sollten sich nach den Misserfolgen, die russische Sportgäste bisher in Berlin hatten, zunächst getrost andere Brudervereine des Auslandes verpflichten, die sportlich mehr auf der Höhe sind.



DIE BESTE LAMPE FÜR NIEDERFREQUENZVERSTÄRKUNG
PHILIPS RADIO B 400.
VERWENDEN SIE IN IHREM VIERLAMPENAPPARAT ZWEI A 410 UND ZWEI B 406.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulantesten Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen.
Bargarantiemittel in der Republik über 25 Millionen.
Bureau Reichenberg, Bahnhofstraße Nr. 19.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuzeitl. Setz- und Ziehmaschinen mit einer Kapazität von 300.000 Buchstaben, Notationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127.443

Der **Verwaltungsrat** und die **Direktion** der **Böhmischen Union-Bank** geben in tiefster Trauer Nachricht von dem Hinscheiden ihres hochverehrten **Präsidenten**

J. U. Dr. Friedrich Kaufmann,

des Herrn welcher in vorbildlicher Hingabe seine hervorragenden Kräfte und reichen Erfahrungen unserem Institute gewidmet hat. Er war uns ein vornehmer und sorgsamer Führer, dessen Andenken in der Geschichte unseres Institutes für alle Zeiten gewahrt bleibt.

Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, den 18. März, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Oráčlického 21 aus, statt.

Prag, den 16. März 1926.